

# Die EU rüstet sich gegen Trolle und Hacker

Fast bei jeder größeren Wahl gab es zuletzt Versuche aus dem Ausland, sie zu beeinflussen. Kurz vor den EU-Parlamentswahlen steigt die Angst, dass die fragile Union zum nächsten Ziel wird.

Fabian Sommariva

Auch wenn bei der Stimmabgabe selbst alles glattläuft – in der EU sorgt man sich wegen etwaiger Angriffe auf die Wahl.

Foto: AFP/Sascha Schuermann

Es war so etwas wie ein Weckruf für die ganze EU“, sagt Liisa Past über die russischen Einflussversuche bei der US-Wahl 2016. „Da hörten wir auf, naiv zu sein.“ Die ehemalige Chefverantwortliche jener estnischen Behörde, die im vergangenen Jahr zahlreiche Sicherheitsvorkehrungen für die anstehenden EU-Wahlen vom 23. bis 26. Mai 2019 koordinierte, ist jetzt mit Blick auf das bevorstehende Votum alarmiert. Tatsächlich entwickelt sich nur langsam in bestimmten Kreisen ein Verständnis für die Möglichkeiten zur Wahlkampfbeeinflussung durch das Internet.

Um die Wahlen zu schützen, plant die EU zahlreiche Maßnahmen zu Datenschutz, Transparenz, Cybersecurity, Kooperation bis zu Sanktionen für Cyberattacken und unerlaubte Wahlbeeinflussungen. Allein: Ob diese umgesetzt werden, obliegt den Mitgliedsstaaten. Grund dafür: der fehlende Wille zur Kooperation auf EU-Ebene.

Die EU-28 konnten sich weder dazu durchringen, das Wahlprozedere zu harmonisieren, noch dazu, nationale Kompetenzen an die EU abzutreten. Eine zentrale Attacke auf einheitliche EU-Wahlen wäre deutlich leichter zu erkennen und bedürfte eines weitaus größeren Mitteleinsatzes. Durch das Beharren auf nationale Souveränität erstreckt sich die Wahl nun über vier Tage. Nicht nur die Prozenzhürden für den Einzug, auch das Mindestalter für Wähler und wählbare Abgeordnete unterscheidet

sich. Online kann nur in Estland abgestimmt werden. Tatsächliches Hacking – wenngleich unwahrscheinlich – wäre neben dem estnischen i-Voting-System aber auch in jenen Staaten möglich, die ihre Stimmen mittels computergestützter Technik auszählen und so ihre Sitzverteilung den EU-Behörden bekanntgeben.

## Geringe Wahlbeteiligung als Problem

Als weit größeres, weil realistischeres Problem gilt aber die Wahlbeeinflussung. Projekte der EU zur Aufklärung von Desinformationskampagnen wie die Factchecking-Website „EU versus Disinformation“ ([www.euvdsinfo.eu](http://www.euvdsinfo.eu)) seien zwar grundsätzlich eine gute Sache, „kratzen aber immer noch nur an der Oberfläche“, sagt Thomas Lohninger von Epicenter.works. 3800 aufgedeckte Fälle von Falschinformationen in 18 Sprachen seit 2017 zeigten außerdem den enormen Bedarf für solche Projekte.

Die EU-Wahlen sind auch deshalb ein besonders interessantes und leichtes Ziel für Wahlbeeinflussungen, weil die oft schwache Beteiligung beim Urnengang es leicht macht, bestimmte Personenkreise zu beeinflussen und zur Wahl bestimmter Parteien zu drängen. 2014 wählten nur rund 14 Prozent der slowakischen Wahlberechtigten immerhin 14 EU-Abgeordnete. Eine Wahlbeeinflussung von signifikantem Ausmaß fällt da bei 89 Prozent Wahlbeteiligung, wie etwa in Belgien, weit schwerer.

In Österreich gingen rund 45 Prozent zur Wahl. Zwar werde in Österreich ausschließlich analog, also mit Stift und Papier, gewählt, dennoch habe man sich seitens des BMI gemeinsam mit dem BVT auf etwaiges Hacking vorbereitet, sagt Innenministeriumssprecher Christoph Pözl dem STANDARD. Zu den „umfangreichen Maßnahmen“ gehören etwa Schulungen von Gemeindefachkräften zum Thema Cybersicherheit. Ein im Bundeskanzleramt koordiniertes Netzwerk aus verschiedenen Ressorts soll gegen Desinformationskampagnen vorgehen. Man beschäftige sich aber nur mit strafrechtlich relevanten Desinformationen, die eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung darstellen, so Pözl.

## Transparenzmangel

Lohninger sieht etwas weniger als zwei Monate vor der Wahl aber nach wie vor ein „recht besorgniserregendes Bild“. Zu viele Fragen seien offen. Zu sehr hake es noch an Transparenzfragen. Die Politik hinke immer noch hinterher und verabsäume es, notwendige Verbesserungen nicht nur anzusprechen, sondern diese von den Technikgiganten, die die sozialen Medien dominieren, konkret einzufordern. In einem Statement sprach Microsoft kürzlich davon, dass zunehmend politische Thinktanks und Non-Profit-Organisationen von Angriffen betroffen seien, um das Vertrauen in die Demokratie zu erschüttern. Man sollte Facebook,

Google, Twitter und Co verpflichten, Zahlen, Auftraggeber und Zielgruppen zu Wahlwerbung zu veröffentlichen, um nachvollziehen zu können, wer welche Anzeigen schaltet. Damit einher gehe auch die Gefahr durch sogenannte „dark posts“. Dabei handelt es sich um personalisierte Wahlwerbung für oder gegen bestimmte Parteien, die nur für einen ausgewählten Personenkreis sichtbar sind. Damit steigt die Gefahr von Schmutzkübelkampagnen, die nur solchen Personen angezeigt werden, die am ehesten darauf anspringen – egal wie hoch der Wahrheitsgehalt ist.

Inwieweit Wahlbeeinflussungsversuche Wahlausgänge wie das Brexit-Referendum in den vergangenen Jahren tatsächlich beeinflusst haben, ist nach wie vor nicht ausreichend, unabhängig und wissenschaftlich untersucht, sagt Lohninger. Netzaktivisten wünschen sich deshalb auch, dass die Internetgiganten den Wissenschaftlern mehr Informationen zur Verfügung stellen, um diese Beeinflussungen besser zu verstehen und eventuell der Politik Handlungsempfehlungen geben zu können – auch bei nationalen Wahlkämpfen.

Mittel- und langfristig gehe es aber auch darum, eine umfassende Plattformregulierung auf den Weg zu bringen, die der Verantwortung der großen Online-Plattformen gerecht werde, ohne ihnen dabei noch mehr Entscheidungsgewalt über unsere Meinungsfreiheit zu geben, fordert Lohninger.

## Wenn Wahlbeeinflussung doch nicht so böse ist

Im Kalten Krieg griffen USA und Russland in jede neunte Wahl ein: Wieso manche dürfen, was sie anderen verbieten

Manuel Escher

Donald Trump, Thomas Jefferson und Boris Jelzin werden selten im gleichen Atemzug genannt. Und doch haben sie eine auffällige Gemeinsamkeit: Der US-Präsident, sein Amtsvorgänger aus dem Jahr 1801, der russische Ex-Staatschef – alle wurden im Wahlkampf vom Ausland aus unterstützt. Mindestens einer von ihnen verdankt dem Einsatz ziemlich sicher seinen Sieg – und zwar nicht Trump, sondern Jelzin.

Der Fall des russischen Präsidenten, der 1996 mit US-Unterstützung vom letzten Umfrageplatz zum Sieg eilte, wird dieser Tage wieder oft zitiert – besonders weil Jelzin damals auch zu Fälschungen griff. Der Fall dient jenen als Argument, die die Angst der EU vor russischem Einfluss auf die Wahl im Mai relativieren.

Allerdings sind es nicht nur „Putin-Versteher“, die sich fragen, wie

so Russland nicht tun dürfe, was die USA 1996 in Russland machten – und auch schon mit Jefferson: den eigenen Freunden helfen.

Die Antwort darauf führt schnell zur Frage, wie Wahlbeeinflussung überhaupt zu definieren ist. Der israelische Forscher Dov Levin versteht darunter den „verdeckten oder offenen Versuch eines Staates, Maßnahmen in einem anderen Land zu treffen, die einem Kandidaten helfen“. Dieses Kriterium ist breit. 1946 bis 2000 erfüllten es allein die USA und die Sowjetunion bei jedem neunten Votum weltweit: 81-mal griff Washington ein, 36-mal Moskau, ermittelte Levin im Juni 2016.

### Drei Prozent für den Kreml

Es ist ein Resultat aus der Geschichte, das die Gegenwart aber bald einholte: Zunächst mit dem Brexit-Referendum 2016, das Moskau via Social Media anfeuerte, dann im Herbst desselben Jahres,

als Donald Trump die Präsidentschaftswahl gewann. Dass es bei beidem Einflusskampagnen gab, ist sicher – umstritten ist ihr Effekt.

Folgt man Levins Forschungen, muss man zumindest in historischen Mittel von einem großen Einfluss ausgehen: Er kommt zum Schluss, dass Auslandshilfe im Durchschnitt drei Prozentpunkte bringt – ein auch für die EU-Wahl alarmierendes Ergebnis.

Aber: So leicht ist die Sache auch wieder nicht. Denn das Forschungsergebnis hat aus Sicht des Jahres 2019 Haken, es trifft auf aktuelle Umstände wohl nur noch begrenzt zu. Levin hat die Zahl für den Zeitraum von 1946 bis 2000 ermittelt – und nur für jene Fälle, in denen ein Staat völlig offen für einen Kandidaten lobbyierte.

Russland und die britische Cambridge Analytica setzten für Trump und Brexit 2016 außerdem auf neue Mittel: psychologisch gezielte Werbung etwa, via Social Media genau

auf Empfänger zugeschnitten. Wie sie wirkt, ist kaum erforscht. US-Zeitungen gehen von massiven Folgen aus, ohne aber Belege vorzuweisen. US-Sonderermittler Robert Mueller sprach in Anklagen von „effektiven Maßnahmen“, warum, fügte er aber nicht hinzu.

### Nicht immer böse

Bleibt die Frage nach der Moral – und auch ihre Antwort liegt im Auge des Betrachters. Das zeigen Ergebnisse der US-Forscher Jessica L. P. Weeks und Michael Tomz: Sie lasen Probanden unterschiedliche Meldungen vor: Die Hälfte der Gruppe erfuhr von Einflussversuchen zugunsten der Demokraten, die andere von Kampagnen für Republikaner. Danach befragten sie die Probanden nach ihrer Meinung zu Einflussnahme. Ergebnis: Sie wurde verurteilt – aber nur, wenn sie Gegnern half. Unterstützte sie die eigene Partei, gab es kaum Ablehnung.

US-Politologen argumentieren oft nach ähnlichen Mustern: Thomas Carothers etwa betont in *Foreign Policy*, der Kalte Krieg sei eben schlimm gewesen. Beide Seiten hätten Diktatoren unterstützt – nicht nur bei Wahlen, sondern auch via Putsch. Doch seit 1989 gebe es einen Unterschied: Die USA stützten Kandidaten, die für ein Mehr an Demokratie stünden – Russland und China solche, die dem eigenen autoritären Modell entsprechen. Einem Test hält das nicht immer stand. Wahlfälschungen für Jelzin 1996 sind schwer als prodemokratisch zu verkaufen.

Eine Differenz aber gibt es: Kampagnen wie jene Moskaus, sowohl Impffegner als auch -befürworter zu unterstützen, um Verwirrung zu schaffen, hat man von westlichen Staaten länger nicht gesehen. Und vielleicht ist es ohnehin die Verunsicherung, die wichtigste Resultat der Einflussversuche sein soll.